

**Deutscher Bundestag**, 2011: Experten sind uneins über Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit. Internet: [http://www.bundestag.de/presse/hib/2011\\_09/2011\\_357/02.html](http://www.bundestag.de/presse/hib/2011_09/2011_357/02.html) (23.12.2011).

**Esping-Andersen**, Gøsta, 1999: *Social Foundations of postindustrial Economies*. New York.

**FAZ (Frankfurter Allgemeine Zeitung)**, 2011: „Ein sinnloser Kulturkampf“. Debatte über Betreuungsgeld. 3.12.2011. Internet: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/debatte-ueber-betreuungsgeld-ein-sinnloser-kulturkampf-11549805.html> (9.3.2012).

**Leitner**, Sigrid, 2003: Varieties of Familialism. The Caring Function of the Family in Comparative Perspective. In: *European Societies*. 5 (4), 353-375.

**Schröder**, Kristina, 2011: Abschied vom Kampf der Geschlechter. FAZ (Frankfurter Allgemeine Zeitung), 10.4.2011. Internet: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/gastbeitrag-abschied-vom-kampf-der-geschlechter-1620073.html> (9.3.2012).

**Schuler-Harms**, Margarete, 2010: Verfassungsrechtlich prekär: Expertise zur Einführung eines Betreuungsgeldes. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin. Internet: [http://www.fes.de/forum-pug/documents/BroschuereVerfassungsrechtlicherRahmeneinesBetreuungsgeldes09\\_000.pdf](http://www.fes.de/forum-pug/documents/BroschuereVerfassungsrechtlicherRahmeneinesBetreuungsgeldes09_000.pdf) (23.12.2011).

**Spieß**, C. Katharina, 2010: Die Bewertung familienbezogener Maßnahmen in Deutschland: Ein europäischer Ansatz und die Notwendigkeit einer deutschen Gesamtbewertung. In: Auth, Diana/ Buchholz, Eva/Janczyk, Stefanie (Hg.): *Selektive Emanzipation. Analysen zur Gleichstellungs- und Familienpolitik*. Opladen & Farmington Hills, 109-128.

**ZEW**, 2009: Fiskalische Auswirkungen sowie arbeitsmarkt- und verteilungspolitische Effekte einer Einführung eines Betreuungsgeldes für Kinder unter drei Jahren. Studie im Auftrag des BMF, Endbericht. Mannheim. Internet: [ftp://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/Endbericht\\_Betreuungsgeld2009.pdf](ftp://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/Endbericht_Betreuungsgeld2009.pdf) (23.12.2011).

## Wie großzügig ist der König?

### Zur saudischen Reformpolitik und dem kommunalen Wahlrecht für Frauen

JULIA GERLACH

Mitte September 2011 macht König Abdullah von Saudi-Arabien den Frauen seines Landes ein Geschenk. Er gibt ihnen das Recht zu wählen und als Ratsfrauen in den Schura-Rat berufen zu werden. Er schenkt all dies, allerdings nicht sofort. Sie sollten sich eben nicht an den Wahlen beteiligen, die noch in der gleichen Woche im Königreich stattfanden. Erst beim nächsten Mal im Jahr 2015 dürfen die Frauen an die Urnen und in den Schura-Rat sollen auch erst 2013 die ersten Ratsfrauen einziehen. Auch dann wird die Wirkung begrenzt bleiben, denn Kommunalparlamente und Schura-Rat haben nur sehr wenig Mitspracherecht, wenn es um die Ausgestaltung von Politik in Saudi-Arabien geht. Frauen erhalten zwar die gleichen politischen Rechte wie Männer, allerdings sind dies im Königreich eben nicht sehr viele.

Wie großzügig ist das Geschenk von König Abdullah? Es gibt zwei Antworten auf diese Frage und beide haben AnhängerInnen in Saudi-Arabien. Die einen setzen Hoffnung in den König, dass er Schritt für Schritt Reformen einführt und sein Ziel die Umwälzung der konservativen Gesellschaftsstruktur Saudi-Arabiens sei. Angesichts des Widerstands aus der eigenen Familie und von den Religiösen könne er die Reformen nicht schlagartig einführen. Die Frauen sollten sich gedulden und würden dann schon zu ihrem Recht kommen. Die andere Seite hält entgegen, dass der König in den fast sieben Jahren an der Macht kaum große Veränderungen umgesetzt hat. Seine Reformen, besonders was die Rolle von Frauen angehe, seien in erster Linie symbolisch und zielten darauf ab, das Land ein wenig zu modernisieren, ohne es aber grundlegend zu verändern. Wer hat Recht? Darum soll es im Folgenden gehen.

### Frauenrechte in der Nische

Es rutscht und rutscht. Erst als das Kopftuch auf ihre Schultern gefallen ist, reagiert Hanna Ruwaidah und wickelt den schwarzen Stoff mit einer lässigen Handbewegung um ihr Gesicht. Es hält, aber nicht lange, dann beginnt das Spiel von vorne. Der Bus mit Studierenden fährt über die Schnellstraße von Dschidda Richtung Süden. Es geht zur neuen King Abdullah University for Science and Technology (KAUST). 2009 wurde sie eröffnet und wurde schnell bekannt. Nicht nur, weil hier Forschung auf Weltklasseniveau stattfinden soll und WissenschaftlerInnen mit High-Tech-Voraussetzungen arbeiten können. In erster Linie ist KAUST bekannt, weil hier viel erlaubt wird, was sonst im Königreich verboten ist: So nimmt die 21-jährige Hanna Ruwaidah das Kopftuch endgültig ab und stopft es in ihre Handtasche, sobald der Bus die Tore des Campus passiert hat. KAUST ist zudem die erste Universität in Saudi-Arabien, die Männer und Frauen gemeinsam studieren lässt. Frauen dürfen unverschleiert gehen und auf dem Gelände Auto fahren. Sogar ein Kino ist in Planung. „Diese Uni ist eine Insel, auf der wir mitten in Saudi-Arabien wir selbst sein können“, so die Studentin. Halb als ironisches Accessoire, halb als ernst gemeinte Liebeserklärung trägt sie an ihrem schwarzen Mantel, der mit dem Kopftuch in der Tasche verschwindet, einen Anstecker mit dem Porträt des Königs darauf. „Ich liebe ihn über alles und ich bin mir sicher, dass er auf der Seite von Frauen wie mir steht. Wenn er könnte, dann wäre ganz Saudi-Arabien so wie KAUST“, sagt sie, steigt aus dem Bus aus und schlendert in Richtung Hörsaal.

Mehrere Besonderheiten zeichnen die Reformpolitik des Königs aus: Er sucht stets nach Kompromissen mit den konservativen Reformgegnern und so werden Reformen nur in kleinen Schritten eingeführt, so dass sich die Gesellschaft daran „gewöhnen“ kann. Er setzt zudem auf „Nischenbildung“. KAUST ist ein Beispiel, die geplanten Economic Cities ein anderes. Weitab von allen, die sich daran stören könnten, entstehen gesellschaftliche Freizonen. Ihre Existenz wird durch ihren Zweck gerechtfertigt: WissenschaftlerInnen von Weltniveau und Businessleute wollen sich nun einmal nicht den Geboten der Verschleierung, Ehre und Geschlechtertrennung unterordnen. Das sehen auch die Konservativen ein.

## Ankündigung des Frauenwahlrechts

Als König Abdullah sich am 25. September 2011 an den Schura-Rat wandte, rechnete niemand damit, dass er sich zum Thema Frauenwahlrecht äußern würde (vgl. Nafjan 2011). Seine Rede schlug ein wie eine Bombe: „Wir lehnen die Ausgrenzung von Frauen in allen Aspekten des Lebens ab“, so König Abdullah. Die Frauenrechtlerinnen freuten sich, wurde doch endlich ihre Forderung erhört. Hatoon Al Fassi und Fawzia Al Hani beispielsweise stehen hinter einer Facebook-Kampagne. Unter dem Titel „Baladi – Unser Land“ werben sie für volle politische Rechte von Frauen. Im April 2011 hatten mehrere Dutzend Frauen versucht, sich in die Wahlregister eintragen und ihre Kandidatur für die Wahlen im September registrieren zu lassen. Sie waren allerdings zurückgewiesen worden. Daraufhin klagten sie gegen das Ministerium für Kommunale Angelegenheiten, um weiter Druck zu machen.

Bei religiösen Würdenträgern und konservativen Gelehrten hingegen kam die Ankündigung des Königs schlecht an. Sie zeigten sich empört. Hardliner Sheikh Saleh Al Luhaidan beschwerte sich, dass der König nicht zuvor ihn oder die Kollegen vom Hohen Islamischen Rat konsultiert habe. Frauen hätten in der Politik nichts verloren. Bei der Kritik ging es gar nicht um das Wahlrecht allein. Die Konservativen sehen insgesamt im Aufbruch der Geschlechterrollen eine Tendenz, die die Grundfesten der Gesellschaft bedroht. Da ist es egal, ob es um das Wahlrecht geht oder um das Recht von Frauen als Kassiererinnen zu arbeiten oder ihr eigenes Auto zu steuern. All diese Schritte markieren für sie den Verfall der Moral.

Reserviert reagierten auch manche Mitglieder des Schura-Rates. Hatten sie doch nur zwei Monate zuvor über das Thema Frauenwahlrecht beraten und ein eindeutiges Votum abgegeben: Frauen sollen nicht wählen. „Es war eine generelle Empfehlung, die sich nicht nur auf die anstehenden Wahlen, sondern auch auf Urnengänge in der Zukunft bezog“, erklärte anschließend Muhammed Al Muhanna, Sprecher des Rates (vgl. Al Maeena, Arab News 2011). Der König hatte sich mit seinem Geschenk also über die Meinung vieler konservativer Scheichs und auch des Schura-Rates hinweggesetzt.

Justizminister Sheikh Mohammed Al Eissa bemühte sich eilig um Schadensbegrenzung. Um die Gemüter zu beruhigen, ruderte er zurück: Frauen sollten zwar in den Schura-Rat berufen werden können, aber das bedeute natürlich nicht, dass sie physisch an den Sitzungen teilnehmen sollten. Das wäre schließlich ein Verstoß gegen die Regel der Geschlechtertrennung. Die Ratsfrauen sollten vielmehr in einem Nebenraum sitzen und die Beratungen über Leinwand verfolgen. Über Mikrofon könnten sie dann ihre Meinung einbringen.

## Balanceakt zwischen Frauenrechtlerinnen und konservativ-religiösen Kräften

Das Geschenk des Königs ist in mehrerer Hinsicht typisch für die Art, wie in Saudi-Arabien Politik gemacht wird: Es geht stets darum, die Balance zu wahren. Auf

der einen Seite kam Abdullah den liberalen Frauen seines Landes mit dem Schritt entgegen. Er griff allerdings nicht das Hauptthema dieses Jahres auf. Im Frühjahr 2011 hatten saudische Frauen eine Kampagne gegen das Autofahrverbot für Frauen gestartet und damit für viel Aufmerksamkeit gesorgt. Aber, immerhin, er tat etwas für die Frauen und dabei hatte er sicherlich auch die internationale Öffentlichkeit im Sinn, denn dort sehen sich die Saudis wegen ihrer Frauenpolitik zunehmend ins Lächerliche gezogen. Auf der anderen Seite forderte er mit seinem Schritt die Konservativen in der Gesellschaft heraus. Damit sie ihre Interessen nicht allzu stark bedroht sehen, hielt sich der König hinsichtlich der Ausgestaltung des Rechts vage und verschob die Einlösung auf eine entfernte Zukunft. So gibt es viel Zeit, die genauen Rechte von Frauen zu definieren: Sollen sie etwa die Hälfte der 150 Sitze des Schura-Rates besetzen, dürfen sie sich zu allen Themen äußern oder auch den Posten des Ratspräsidenten bekleiden (vgl. Murphy 2011)?

Saudi-Arabien ist eines der wenigen Länder der Welt, in dem die Gesellschaft konservativer ist als die Regierung. Die Gründung des Königreiches geht auf einen Gesellschaftsvertrag zurück, der die Macht zwischen der Familie Al Saud und den einflussreichen religiösen Kräften verteilte. 1744 verbündeten sich der Emir von Dirriyya Muhammed Bin Saud und der Religionsgelehrte und Begründer der wahhabitischen Bewegung Muhammad Ibn Abdel Wahhab, um gemeinsam die Stämme der Halbinsel zu befrieden und das Land zu regieren. Sie teilten die Macht unter sich auf: Das Königshaus der Al Saud kümmerte sich um die Politik und die Religiösen – Nachfahren der Ash-Sheikh – bestimmten die Regeln der Gesellschaft und die Interpretation der islamischen Quellen. Beide bekamen ihren Teil vom Öl-Reichtum, nachdem in den 1970er Jahren die Förderung im großen Umfang begann.

Saudi-Arabien hat keine geschriebene Verfassung, denn es gilt das islamische Recht. Allerdings ist dieses nicht einheitlich kodifiziert, sondern setzt sich aus religiösen Quellen, Lehrmeinungen und den Schriften der Gelehrten zusammen. Es bedarf der Interpretation, besonders wenn es um moderne Rechtsfelder geht. Diese Rolle kommt den Rechtsgelehrten zu. Sie müssen auch bei wichtigen politischen Entscheidungen gefragt werden. Dies sichert den konservativen Religiösen eine wichtige Machtposition. Zunehmend gerät auch das Bildungswesen in den Einfluss der Ash-Sheikh. Über Schulen und Universitäten verbreiteten sie ihr texttreues, konservatives Islamverständnis und machten es nach und nach zum Lifestyle der saudischen Mehrheit.

Alle Bereiche des saudischen Rechts unterliegen der Scharia. Allerdings wirkt sich dies in einigen Bereichen stärker aus als in anderen. Im Wirtschaftsrecht setzten sich zumeist pragmatische, businessfreundliche Regelungen durch. Zwar haben die Religiösen auch hier noch Mitspracherecht, doch de facto wurden weite Bereiche des Rechts und der Politik aus ihrem Einflussbereich herausgelöst. Auch im Recht gibt es also „Nischenbildung“. Umso größeren Wert legen die Konservativen darauf, dass sie die Kontrolle über die verbleibenden Sphären behalten. Dazu gehören Moral- und Verhaltensvorschriften der Gesellschaft, allen voran die Regelung von

Frauenrechten und des Familienrechts. In diesen Themen wird die Zukunft der saudischen Gesellschaft verhandelt. Es geht um den Einfluss der Religiösen auf die Politik des Landes insgesamt.

### Grundfesten der Gesellschaftsordnung bleiben unangetastet

„Schritte wie beispielsweise Frauen in den Schura-Rat zu ernennen und ihnen die Teilnahme an Kommunalwahlen zu erlauben, auch wenn sie positive sind, sind nicht so wirkungsvoll wie die Ermächtigung der saudischen Frauen, sich selber ohne Hürden zu repräsentieren; ohne dass sie einen männlichen Vormund brauchen, einen männlichen Fahrer und die strenge Geschlechtertrennung in der Arbeit einhalten müssen. Was nützt es, weibliche Schura-Abgeordnete zu haben, welche die Regierung beraten sollen, wenn eine Frau noch nicht einmal sich selbst in ihrem privaten Leben repräsentieren kann?“, so die bekannte saudische Bloggerin Eman Al Nafjan aus Riyadh in einem Kommentar zum Erlass des Wahlrechtes (vgl. Nafjan 2011).

Im Herbst 2011 kursierte eine Karikatur auf Facebook und wurde über Twitter verbreitet. Der Titel lautet: „Saudi-Arabien: 2015“. Sie zeigt zwei – selbstverständlich vollverschleierte – Frauen. Fragt eine: „Und bist du wählen gegangen?“ Antwortet die andere: „Nee, mein Mann wollte mich nicht hinfahren!“ (Cartoon 2011).

Tatsächlich hat die Reformpolitik des Königs viele Haken und Ösen. Dies macht viele Frauenrechtlerinnen und BeobachterInnen misstrauisch: Will er wirklich das Land umkrepeln, oder geht es ihm vielmehr darum, seine Macht zu sichern, indem er allzu überholte Praktiken reformiert und die Gesellschaft ein wenig an die Gegebenheiten des 21. Jahrhunderts anpasst, indem er den liberalen Frauen des Bürgertums die Hoffnung auf mehr macht und sie ihn deswegen weiter unterstützen? Will der König nicht am Ende eine Gesellschaftsordnung, in der der Mann der Vormund der Frau ist und ihr immer übergeordnet sein wird, sowie die Trennung der Geschlechter auch in Zukunft beibehalten (vgl. Schmid 2010)?

Für diese These spricht, dass viele Reformschritte widersprüchlich und zögerlich sind wie die Einführung des Wahlrechts. Dafür spricht auch, dass bisher keine Schritte unternommen wurden, die tatsächlich die Grundfesten der Gesellschaftsordnung berührt hätten. Auch nach fast sieben Jahren mit einem Reformkönig an der Macht gilt Geschlechtertrennung und dass die Frau dem Mann untergeordnet ist. Zu diesem Schluss sind auch viele saudische Frauen gekommen. Im Frühjahr 2011 hatten sie vom geduldigen Warten die Nase voll. Gleich mehrere Initiativen riefen über Facebook dazu auf, dass die Frauen sich selbst hinter das Steuer ihrer Autos setzen und sich über das – ungeschriebene – Autofahrverbot hinwegsetzen sollten. „In Saudi-Arabien sind es die Frauen, die den Arabischen Frühling voranbringen“, sagt Hattoon Al Fassi. Die Regierung reagierte alles andere als gelassen. Mehrere Frauen wurden verhaftet und tagelang eingesperrt. Eine sollte sogar öffentlich ausgepeitscht werden. Verhängt wurde dieses Urteil am Tag, nachdem König Abdullah den Frauen das Wahlrecht „geschenkt“ hatte. Auch das spricht – leider – dagegen, dass der König es wirklich darauf anlegt, sein Reich auf den Kopf zu stellen.

## Literatur

**Al Maeena**, Tariq, 2011: Municipal Election Fail to Inspire. In: Arab News, 24.6.2011.

**Cartoon**, 2011: Saudi-Arabia: 2015. Internet: <http://yfrog.com/nu366jffj> (15.1.2012).

**Murphy**, Caryle, 2011: Why Granting Women the Right to Vote is an Empty Gesture. In: Foreign Affairs. 90 (13). Internet: <http://www.foreignaffairs.com/articles/136474/caryle-murphy/why-granting-saudi-women-the-vote-is-an-empty-gesture?page=show> (15.1.2012).

**Nafjan**, Eman, 2011: Opinion: Saudi Women's Suffrage Mired in Suppression. In: Saudi Woman's Weblog, 20.12.2011. Internet: <http://saudiwoman.me/> (15.1.2012).

**Schmid**, Larissa, 2010: Symbolische Geschlechterpolitik in Saudi-Arabien. In: Freitag, Ulrike (Hg): Saudi-Arabien – ein Königreich im Wandel? Paderborn, 89-104.

